

Klößner will Neuanfang in der Agrarpolitik - Ideologische Grabenkämpfe beenden

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klößner will die teilweise erbittert geführte Auseinandersetzung um die Landwirtschaft befrieden. Man müsse wegkommen von den „ideologischen Grabenkämpfen“, sagte Klößner im Bundestag. Ihr Ziel sei, gesellschaftliche Gruppen zu versöhnen. Zugleich betonte die CDU-Politikerin ihr Interesse an einem Neustart der Beziehungen ihres Hauses mit dem Umweltministerium. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nannte Klößner „eine tragende Säule der europäischen Integrationspolitik“. Auch nach der Reform müsse die GAP „stabile Rahmenbedingungen bieten“. Zugleich müsse man den Erwartungen der Bevölkerung an die Mittelvergabe „mehr gerecht werden“. Länderberichte 41

Kommission erlaubt Monsanto-Übernahme - Bayer AG muss weitere Teile abgeben

Die EU-Kommission hat die Übernahme des US-Konzerns Monsanto durch die Bayer AG genehmigt. Dies gilt allerdings nur unter der Voraussetzung, dass sich das Leverkusener Unternehmen von großen Teilen seiner Agrarsparte trennt. Dies gilt für die Bereiche Saatgut, Pflanzenschutz und digitale Landwirtschaft im Wert von gut 6 Mrd Euro. Diese Sparten dürften größtenteils von der BASF übernommen werden. Der Abschluss der Übernahme ist laut Bayer-Chef Werner Baumann für das zweite Quartal dieses Jahres angepeilt. Unterdessen befürchten vor allem Politiker sowie Verbände eine mögliche Einschränkung des Wettbewerbs. Sie halten eine Überarbeitung des EU-Wettbewerbsrechts für geboten. EU-Nachrichten 7

Landhandel und Futtermittelindustrie fordern klares Bekenntnis zu freien Agrarmärkten

Der reibungslose internationale Handel mit Agrarprodukten bleibt für den Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft (BVA) und den Deutschen Verband Tiernahrung (DVT) weiterhin unabdingbar. Dementsprechend forderten beide Verbände von der neuen Bundesregierung ein klares und öffentliches Bekenntnis zu freien Agrarmärkten. Handelsbarrieren führten dagegen zu Preissteigerungen und behinderten die Hungerbekämpfung in der Welt. DVT und BVA erinnerten daran, dass Deutschland wichtiger Exporteur von Weizen sei, aber auf der anderen Seite unter anderem auf den Import von Eiweißfuttermitteln angewiesen sei. Eine Selbstversorgung mit heimischen Proteinen halten sie auch mittelfristig für unrealistisch. Länderberichte 1

Ost und West streiten über EU-Agrarbeihilfen

Zwischen den EU-Mitgliedstaaten ist ein Streit um die Höhe der Agrarbeihilfen nach 2020 entbrannt. Die Ressortchefs konnten sich bei der jüngsten Sitzung des Agrarrats in Brüssel nicht auf eine gemeinsame Schlussfolgerung zu den von der EU-Kommission vorgelegten Vorschlägen für eine „Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft“ festlegen. Gescheitert ist die Einigung an der Frage der Konvergenz der Direktzahlungen in der Ersten Säule zwischen den Mitgliedstaaten. Während sich 23 EU-Länder hierzu auf einen Kompromiss verständigen konnten, lehnten Polen, die drei baltischen Staaten und die Slowakei den von der bulgarischen Ratspräsidentschaft vorgelegten Text ab. Als Grund gaben sie an, dass in den Schlussfolgerungen keine Angleichung der Direktzahlungen gefordert werde. EU-Agrarkommissar Phil Hogan rechtfertigt „gewisse“ Unterschiede mit den unterschiedlichen Niveaus der Einkommen zwischen den EU-Staaten. Auch Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klößner steht einer vollständigen Angleichung kritisch gegenüber. Im Rahmen einer deutsch-dänischen Konferenz zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) warb Hogan für sein „New Delivery Model“, von dem er sich eine Vereinfachung und Flexibilisierung der künftigen Agrarpolitik verspricht. Schleswig-Holsteins Landwirtschaftsminister Dr. Robert Habeck warnte indes vor einer zu starken Renationalisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Joachim Rukwied, erneuerte im dänischen Tondern mit Blick auf die wachsenden Aufgaben der EU seine Forderung nach höheren Beiträgen der Mitgliedstaaten. EU-Nachrichten 1 und 2